

Anwesend: der Gemeinderat und 62 Stimmberechtigte sowie ein Vertreter der Presse (BaZ) und ein Gast  
Vorsitz: Gemeindepräsident, Andreas Blank  
Protokoll: Gemeindeverwalter, Roland Trüssel

### T r a k t a n d e n

1. Begrüssung durch den Gemeindepräsidenten
2. Protokoll der ordentlichen Gemeindeversammlung vom 31. Mai 2012
3. Budget der Einwohnergemeinde für das Jahr 2013
  - 3.1 Erläuterungen zum Budget
  - 3.2 Bemerkungen und Anträge der Rechnungsprüfungskommission
  - 3.3 Bemerkungen und Anträge des Gemeinderates
  - 3.4 Genehmigung des Budgets
  - 3.5 Genehmigung von Steuerfuss, Steuersätzen und Gebühren
4. Beitritt zur Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Kreis Liestal und Genehmigung des Vertrages
  - 4.1 Erläuterungen
  - 4.2 Genehmigung des Vertrages
5. Spitex: Erneuerung des Finanzvertrages
  - 5.1 Genehmigung des Vertrages
6. Bootshafen: Kredit für Sanitäranlagen von CHF 95'000.-
  - 6.1 Genehmigung des Kredites
7. Orientierungen
8. Verschiedenes

#### 1. Begrüssung durch den Gemeindepräsidenten

Gemeindepräsident A. Blank begrüsst die zur Versammlung erschienenen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger und den Vertreter der Presse. Ferienhalber entschuldigt ist Gemeinderätin Petra Abt.

Er hält fest, dass rechtzeitig durch Versand der Unterlagen an alle stimmberechtigten Haushaltungen und durch Publikation im Fricktal Info eingeladen wurde. Änderungen der Traktandenliste werden keine beantragt. Als Stimmenzähler werden U. Berger und Ch. Hasler gewählt.

#### 2. Protokoll der ordentlichen Gemeindeversammlung vom 31. Mai 2012

://: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

#### 3. Budget der Einwohnergemeinde für das Jahr 2013

Gemeindepräsident A. Blank erläutert das Budget 2013 im Überblick und erklärt die wesentlichen Abweichungen zur Rechnung 2011 respektive zum Budget 2012 nach Rechnungskreisen.

Dabei sind auffallend geringe Abweichungen zu früheren Jahren festzustellen. A. Blank hält fest, dass eher vorsichtig budgetiert wurde und davon ausgegangen werden kann, diese Vorgaben einhalten zu können.

Speziell erwähnt er die Einnahmen durch den Betrieb der Asylunterkunft und die neu anfallenden Kosten durch die KESB (Traktandum 4), welche sich teilweise im Konto Aufgabenverschiebungen Kanton/Gemeinde kompensieren.

Das vorgelegte Budget 2013 weist einen Mehraufwand von CHF 115'100.- auf.

Beim Steuerfuss, den Steuersätzen und den Gebühren sind keine Anpassungen vorgesehen.

A. Blank erläutert speziell die Funktionsweise des gewährten Skontos.

Der Wasserzins wird in absehbarer Zeit – infolge hoher bevorstehender Investitionen und geringem Eigenkapitalanteil – angehoben werden müssen.

://: Der Voranschlag 2013 wird einstimmig genehmigt.

Der Beibehaltung des bisherigen Steuerfusses von 53% der Staatssteuer für natürliche Personen sowie der Feuerwehropflichtersatzabgabe von 0.45% des steuerbaren Einkommens wird einstimmig zugestimmt.

Ebenfalls einstimmig genehmigt werden der Steuersatz von 4.2% des Reinertrages und von 0.275% des Kapitals für juristische Personen.

Die Beibehaltung der Gebührentarife wird auch einstimmig bestätigt.

#### 4. Beitritt zur Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Kreis Liestal und Genehmigung des Vertrages

In Abwesenheit von Gemeinderätin P. Abt erläutert Gemeindeverwalter, R. Trüssel die Zusammenhänge, welche einen Beitritt zur Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Kreis Liestal erforderlich machen.

Die Bundesversammlung hat vor 4 Jahren das Vormundschaftsrecht einer Totalrevision unterzogen. Die grundlegenden organisatorischen Änderungen betreffen eine künftig regionale Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden anstelle der kommunalen Vormundschaftsbehörden. Das Ziel ist die Professionalisierung mit einer interdisziplinären Fachbehörde.

Die jeweiligen Einwohnergemeinden entscheiden, zu welchem Kreis sie gehören. Die Einwohnergemeinden bestellen die gemeinsame KESB durch öffentlich-rechtlichen Vertrag, der von der Gemeindeversammlung zu genehmigen ist. Die Gemeinden des Bezirks Liestal (ohne Bubendorf und Ziefen) gründeten eine gemeinsame KESB Kreis Liestal.

In einem zu diesem Zweck gebildeten Projektteam in dem alle beteiligten Gemeinden vertreten sind, wurden der vorliegende Vertragsentwurf, das Budget (Aufbau und Betrieb), ein Raumkonzept mit der erforderlichen Infrastruktur und der Stellenplan erarbeitet.

Gemäss Projektfahrplan gilt es, vorab den Vertrag über die Schaffung einer gemeinsamen KESB durch die Gemeindeversammlungen zu verabschieden.

Die Versammlung der Gemeindedelegierten, in der jede Gemeinde mit einer Person vertreten ist, ist zuständig für die Anstellung des Spruchkörpers und für die übrigen Befugnisse, die ihr als Anstellungsbehörde zustehen.

Die Kosten steigen durch die erhöhten Anforderungen (Professionalisierung), wobei die effektiven Kosten zum heutigen Zeitpunkt schwierig zu kalkulieren und nur geschätzt sind. Sie werden den verursachenden Personen grundsätzlich und soweit möglich in Rechnung gestellt. Der Fallbearbeitungsaufwand wird voraussichtlich grösser.

Durch die Auflösung der Amtsvormundschaften erhalten die Gemeinden über den Finanzausgleich einen Teil der Einsparungen zurückerstattet.

Im Jahr 2012 entstanden Aufbaukosten von CHF 633'000.-. Diese werden im Verhältnis der Bevölkerungszahl auf die Vertragsgemeinden aufgeteilt. Für Augst ist von einem Betrag von rund CHF 11'000.- auszugehen, welcher im

Budget 2012 nicht vorgesehen und in gemeinderätlicher Kompetenzen genehmigt werden kann.

Die ab 2013 anfallenden wiederkehrenden Kosten beinhalten zu 2/3 Personalkosten und betragen gemäss Budget KESB CHF 1'177'000.-. Die wiederkehrenden Kosten ab 2013 werden gemäss Vertrag zu 30% auf die Vertragsgemeinden nach Einwohnern, die restlichen Kosten werden im Verhältnis des auf die Fallbearbeitung pro Vertragsgemeinde anrechenbaren Zeitaufwandes verteilt. Für Augst wird von CHF 24'000.- ausgegangen.

Trotz noch einiger unbekannter Komponenten ist der Auftrag bis Ende Jahr umzusetzen, weshalb der Gemeinderat der Einwohnergemeindeversammlung beantragt, dem Vertrag über die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Kreis Liestal zuzustimmen.

://: Der Vertrag zum Beitritt zur Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Kreis Liestal wird einstimmig genehmigt.

##### 5. Spitex: Erneuerung des Finanzvertrages

R. Trüssel erklärt die Vorlage zur Verlängerung und Erneuerung des Spitex Finanzvertrages.

Vor 2 Jahren wurde der Finanzvertrag der Gemeinden Pratteln, Augst und Giebenach mit dem Betriebsverein Spitex mit dem jährlichen Pauschalbeitrag von CHF 980'000.- verlängert.

Per 1. Januar 2013 tritt auch im Kanton Basel-Landschaft die neue Pflegefinanzierung in Kraft, aus diesem Grund wurde der Vertrag vom Betriebsverein Spitex Pratteln – Augst – Giebenach per Ende 2012 vorsorglich gekündigt.

Die neue Pflegefinanzierung umfasst eine Differenzierung in Akut- und Übergangspflege einerseits und Langzeitpflege andererseits, zudem werden die Spitex-Tarife neu vom Bundesrat festgelegt. Ebenso gibt es neu eine Patientenbeteiligung an den Pflegeleistungen innerhalb der Langzeitpflege, sowie Hilflosen-Entschädigung für AHV-Bezügerinnen und –Bezüger bei Spitex-Pflege.

Ab Januar 2013 wird zwischen Langzeitpflege einerseits und Akut- und Übergangspflege andererseits unterschieden. Bis anhin wurden die gesamten Leistungen der Spitex als Langzeitpflege deklariert. Akut- und Übergangspflege wird vom Spitalarzt angeordnet und dauert maximal 2 Wochen pro Ereignis. Die Kosten werden unter Krankenversicherer 45%, und Kanton 55%. aufgeteilt Die Spitex-Tarife für Langzeitpflege werden neu vom Bundesrat festgelegt und sind in der ganzen Schweiz einheitlich. Die Differenz zu den Vollkosten wird von der Wohngemeinde übernommen.

Die Patienten müssen sich mit maximal 20% des höchsten vom Bundesrat festgesetzten Deckungsbeitrags der obligatorischen Krankenversicherung beteiligen. Der Kanton BL hat sich für eine Beteiligung von 10% ausgesprochen.

Aufgrund der neu vom Bund festgelegten Tarife ergeben sich für die Spitex Mindereinnahmen aus den Pflegeleistungen. Gleichzeitig nehmen die Leistungen durch die Einführung der Akut- und Übergangspflege zu. Andererseits ergeben sich Mehreinnahmen durch die Patientenbeteiligung. Im gesamten ergibt die Finanzplanung des Spitex-Betriebs einen jährlichen Finanzierungsbedarf von CHF 1'150'000.-. Der Anteil der Gemeinde Augst steigt dabei um jährlich CHF 14'000.-. Festzuhalten ist, dass mit der neuen Pflegefinanzierung nur schlecht berechenbare Veränderungen auf die Spitex zukommen.

Der Vertrag wird deshalb für 1 Jahr vom 1. Januar – 31. Dezember 2013 abgeschlossen mit einer automatischen Verlängerung falls keine Kündigung erfolgt. Die entsprechenden Verhandlungen zwischen dem Betriebsverein Spitex Pratteln – Augst – Giebenach und der Gemeinde Pratteln haben stattgefunden und führten zum vorliegenden Vertrag.

Der Gemeinderat beantragt der Einwohnergemeindeversammlung, der Verlängerung des bestehenden Finanzvertrages (2011) um 1 Jahr bis zum 31. Dezember 2013 mit der Option einer automatischen Verlängerung zuzustimmen. Der jährliche Pauschalbeitrag wird auf neu CHF 1'150'000.- festgelegt.

://: Die Verlängerung des bestehenden Finanzvertrages um 1 Jahr bis zum 31. Dezember 2013 mit der Option einer automatischen Verlängerung wird einstimmig genehmigt.

#### 6. Bootshafen: Kredit für Sanitäranlagen von CHF 95'000.-

Zur Entstehungsgeschichte der Vorlage verweist A. Blank auf die Inhalte der Einladung. Für die Projekterarbeitung wurde eine Arbeitsgruppe aus Anwohnern, Bootsbesitzern und Gemeindevertretern einberufen. Dabei wurde einerseits die generelle Notwendigkeit geprüft und andererseits die Grösse, Infrastruktur und Örtlichkeit definiert.

Der vorgesehene Standort wird bildlich veranschaulicht und liegt auf der Höhe der Bootsplätze 5 – 10 nördliche der Einwasserungsrampe. Der Container hat eine Grundfläche von 15 m<sup>2</sup>, als Inhalte sind WCs, eine Dusche und dazu ein Materialraum vorgesehen. Auch aus Sicht der Werkleitungen kann der Standort als ideal bezeichnet werden. Der Container wird versenkt und durch Grünbepflanzungen versteckt.

Ein Problem besteht einzig für den Kanalisationsanschluss wegen der Lage der bestehenden Hauptleitung im Grundwasser. Daher wurde eher vorsichtig budgetiert, da die Leitung etwas länger werden könnte. Beim Vorplatz des Containers ist eine Überdachung des Sitzplatzes von 3 x 6 Metern vorgesehen.

Die Kommission kann einstimmig hinter dem Projekt stehen.

Die Investition erfolgt durch die Gemeinde, wird aber auf die Mieten abgewälzt und somit durch die Anleger finanziert.

Die Anlage ist nicht öffentlich, sondern nur für Hafennieter.

://: Dem Baukredit von CHF 95'000.- wird mit grossem Mehr gegen 1 Stimme zugestimmt.

#### 7. Orientierungen

##### Salina Raurica

A. Blank zeigt anhand eines Computerbildes das zukünftige Grüssengebiet mit den ganzen verkehrstechnisch geplanten Massnahmen, inklusive Tramverlängerung bis nach Augst. In diesem Rahmen erläutert er das Vorhaben des ersten Grossinvestors Coop im Gebiet zwischen Salinenstrasse, Autobahn, Zurlindengrube und heutiger Rheinstrasse. Es werden damit 200 zusätzliche Arbeitsplätze (Verlegung der Schokoladenfabrikation „Halba“ aus Wallisellen) geschaffen. Die geplante Bauzeit dauert von 2014 – 2016. Der operative Startschuss für das Gebiet Salina Raurica ist somit erfolgt.

### Zeppelinbrücke

Die Sanierung der Zeppelinbrücke beginnt im kommenden Frühling, die Kosten werden gemäss Vereinbarung auf die 5 Involvierten (Kraftwerk, Kantone, Gemeinden) verteilt und nach der Sanierung geht die Brücke in den Besitz der beiden Gemeinden über. Während der Sanierung ist die Brücke über ein halbes Jahr nicht begehbar, daher prüft man das Anbringen eines provisorischen Steges für Fussgänger.

V. Schaffner regt an, das Militär beim Bau eines Steges anzufragen.

### Rheinufer

A. Blank erinnert an die Erdrutsche am Rheinuferweg und die Schwierigkeiten bei der Instandstellung zu Beginn des Jahres. Es wurde ein Nachtragskredit über CHF 40'000.- erforderlich, welcher an der letzten Gemeindeversammlung genehmigt wurde. Inzwischen erhielt die Gemeinde finanzielle Unterstützung durch 3 Institutionen von insgesamt CHF 32'000.-. Der Lotteriefonds sprach einen einmaligen Betrag von CHF 20'000.-, der Verein Wanderwege beider Basel einen solchen über CHF 10'000.- und zu guter Letzt beteiligte sich auch die Kraftwerk Birsfelden AG mit einem Anteil von CHF 2'000.- an den ausserordentlichen Kosten.

## 8. Verschiedenes

### Ortsdurchfahrt Augst

U. Berger orientiert über den Stand der Bestrebungen der Interessensgemeinschaft (IG) Ortsdurchfahrt zur Verhinderung einer Absenkung der Strasse und Vermeidung einer übermässigen Bauzeit. Grosse Hoffnung legt die IG in ein entsprechendes Postulat von Landrat Buser. Die darin unter anderem geforderte Priorisieren des Projektes Südumfahrung scheint auf offene Ohren zu stossen. Herr Berger bittet den Gemeinderat um Unterstützung gegen die geplante Absenkung. Die IG erachtet eine solche als Verschandelung des Dorfbildes und Entwertung von Liegenschaften. Zudem könnten durch einen Verzicht Kosten gespart werden. Eine Bauzeit von 2.5 Jahren oder mehr gefährdet die Existenzen der ansässigen KMU Betriebe. Auch eine Erschliessung der Römerstadt müsste zwingend über die Südumfahrung erfolgen und nicht ab dem Minigolfplatz.

M. Klemm schliesst sich der Meinung an und führt zusätzliche Gründe an. Ein Dorfzentrum fehlt bisher in Augst, es erfolgt eine Verzettelung und die Strasse gehört zum Dorf und somit zum Zentrum. Neue Aktivitäten könnten auf einer verkehrsberuhigten Strasse erfolgen. Mit der Tieferlegung verbaut man sich viele gute Möglichkeiten. Auch er beantragt, dass der Gemeinderat sich gegen diese Absenkung vehement wehrt.

A. Blank hält die Fakten zur Strasse fest: die Strasse gehört dem Kanton, Verkehrsprobleme sind praktisch täglich spürbar, daher verlangt die Gemeinde vorderhand eine regionale Planung. Das ASTRA plant die Verbreiterung der Autobahn. Der Kanton sieht die Probleme auch, womit sich ein politischer Prozess in Gang setzt, welcher mit vielen Hürden versehen ist. Ein wesentliches Problem ist auch, dass Kaiseraugst bisher keine Bereitschaft zur Zusammenarbeit für eine Südumfahrung signalisiert hat. Der Verkehr nimmt rascher zu, als reagiert werden kann, wodurch die Gefahr von Hauruck Aktionen gegeben ist.

Der Kanton hat grundsätzlich das Recht die Ortsdurchfahrt umzubauen. Daher kann nur über den politischen Prozess etwas erreicht werden. Es ist vorgesehen an der nächsten Gemeindeversammlung zu diesem Thema ausführlicher zu orientieren. Der Gemeinderat befasst sich intensiv mit dieser Thematik und ist mit den wichtigsten Personen (RR Pegoraro, LR Buser) in engem Kontakt. Die Verträge über die Absenkung wurden ohne Einbezug der Gemeinden gemacht. Augst ist das letzte Nadelöhr zwischen Auhafen und Zürich und alle anderen Kantone haben in den letzten 30 Jahren die Auflagen für die Ausnahmetransportroute erfüllt und Millionen investiert.

Ein Ausweichen auf die Autobahn ist nicht möglich, da die Brücken nicht die erforderliche Höhe haben.

Ein Transport auf dem Wasserweg (Rhein) ist ebenfalls kaum möglich, da mit grossem Widerstand der Folgegemeinden (z.B. Rheinfelden) zu rechnen ist.

Obwohl die Elektra Baselland noch vor knapp einem Jahr davor gewarnt hat, die öffentliche Beleuchtung von den heutigen Quecksilber- auf LED-Beleuchtungen umzustellen, da die Technologie noch zu teuer und noch nicht ausgereift sei, ist inzwischen eine Umstellung entlang der Kantonsstrassen in Gang gekommen. Der Gemeinderat prüft, ob ab nächstem Budget, ein erster Betrag vorgesehen werden soll.

Gemäss Beobachtungen von Spaziergängern fahren unglaublich viele jugendliche Radfahrer ohne Licht zur Schule. Der Gemeinderat klärt ab, ob es sinnvoll ist, allenfalls die Polizeikontrollen zu verstärken.

Mit dem Hinweis auf den traditionellen Neujahrsapéro im Schulhausfoyer, welcher am Dienstag, 1. Januar 2013 um 16 Uhr stattfindet, schliesst Gemeindepräsident A. Blank die Sitzung um 21.20 Uhr.

Namens der Einwohnergemeindeversammlung

Der Gemeindepräsident:

Der Gemeindeverwalter: